**Romy Mamerow**, Sprecherin Finanz- und
Personalausschuss BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

**Trotz der schwierigen, durch die Auswirkungen der multiplen Krisen nicht selbst verschuldeten Finanzlage, legen wir einen maßvollen Haushalt vor. Wir haben aus eigener Kraft und ohne Steuererhöhungen die Haushaltssicherung vermieden und stellen in wichtigen Bereichen notwendige zusätzliche Mittel zur Verfügung. Ich freue mich, dass unsere politischen Anträge in den Haushaltsberatungen eine breite Zustimmung gefunden haben. Das ist bemerkenswert. Wir senden damit als Kommune, dem Ort, an dem für die Menschen politisches und staatliches Handeln direkt erlebbar ist, ein deutliches Zeichen der Gemeinsamkeit und Verlässlichkeit.**

\_\_\_\_

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen der demokratischen Parteien, sehr geehrte Besucher\*innen hier vor Ort und im Stream!

Hinter uns und absehbar vor uns liegen extrem herausfordernde Jahre. Corona, der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine, die anhaltende Energie- und Rohstoffkrise, die restriktive Zinspolitik zur Eindämmung der anhaltenden Inflation, Fachkräftemangel auf der einen, erste Entlassungswellen auf der anderen Seite.

Dazu die immer schwerer abzuwendende Klimakrise und die weltweite Zunahme geopolitscher Spannungen. Nicht nur in Europa – wie zuletzt in den Niederlanden – spüren wir den zunehmenden Nationalismus und Rechtspopulismus … auch wenn Polen einen deutlichen Lichtblick sendet. Immer mehr Menschen leiden unter den dramatischen Folgen der Kriege, sind auf der Flucht oder haben keine Perspektive, weil die Folgen der Klimaerhitzung ihre Heimat bedroht. Die Welt befindet sich im Dauerstress, immer mehr Menschen sind unter den ungekannten Belastungen erschöpft. Auch bei uns in Bielefeld.

Dazu stehen wir vor tiefgreifenden Veränderungen. Es geht um die grundlegende Transformation der Energie- und Verkehrswende, um die Digitalisierung, Bürokratieabbau und die Auswirkungen des demografischen Wandels – kurz um die Sicherung eines lebenswerten Bielefelds.

Und so wundert es nicht, dass die multiple Krisenlage und die zunehmenden Aufgaben voll auf den Haushalt durchschlagen und die Defizite für 2024 im Vergleich zum Haushaltsplanentwurf nochmals angestiegen sind.

**Trotz des zu erwartenden guten Ergebnisses beim Jahresabschluss 2023** mit einem voraussichtlichen Überschuss statt einem Fehlbetrag von 70 Mio. EUR und des schon im letzten Jahr vorsichtig angelegten Haushaltes, erwarten uns bis 2027 jährlich erhebliche Haushaltsdefizite von über 120 Mio. EUR. Das bedeutet für die mittelfristige Finanzplanung weiterhin das Risiko der Haushaltssicherung – und das trotz unserer Ausgleichsrücklage von derzeit mehr als 400 Mio. Euro, die voraussichtlich aber bis 2027 aufgezehrt sein wird.

In diesem Jahr werden wir den **Griff in die Allgemeine Rücklage zum Haushaltsausgleich** benötigen. Parallel wird es zu einem deutlichen Anstieg der Liquiditätskredite kommen *von derzeit 199 Mio. EUR auf 466 Mio. EUR im Jahr 2027.*

Gründe dafür sind die eingangs erwähnten hohen krisenbedingten Aufwendungen, aber auch die richtigen und wichtige Tarifabschlüsse, bei gleichzeitig sinkenden Steuereinnahmen bedingt durch die ungewohnte konjunkturelle Abschwächung. Dazu kommt die **dauerhafte Unterfinanzierung der Kommunen** durch weitere nicht kompensierte Aufgabenzuweisungen von Land und Bund. Immerhin gibt es aber auch Positives zu berichten und wir begrüßen die höhere Beteiligung des Bundes an den Kosten für Geflüchtete.

Auch der **Wegfall der Isolation corona- und kriegsbedingter Belastungen** wirkt sich verschärfend aus. Wobei, und darauf habe ich in meiner Haushalts-Rede im letzten Jahr schon hingewiesen, diese „Bilanzierungshilfe“ hat zwar zum Erhalt der finanziellen Handlungsfähigkeit in diesem Jahr und einer Aufstockung der Ausgleichsrücklage geführt, die Belastungen – mittlerweile 215 Mio. EUR – wurden mit diesem Instrument aber lediglich verschoben und sind keine echte und dauerhafte Finanzhilfe. *Beginnend ab dem Jahr 2026 werden wir den genannten Betrag mit jeweils 7,2 Mio. EUR über 30 Jahre bilanziell abschreiben. Die entsprechenden Summen finden sich in der Mittelfristplanung*.

Unabhängig von den Verwaltungsvorschlägen zu den Schlussberatungen haben wir uns selbst – bereits mit dem Eckdatenbeschluss – eine **hohe Haushaltsdisziplin** auferlegt. Wir haben jenseits der pflichtigen Aufgaben proaktiv nach Einsparpotenzialen gesucht, Gespräche geführt, in der Koalition um Kompromisse gerungen und waren bereit, Einschnitte auch bei für uns wichtigen Themen vorzuschlagen. Das zeugt von verantwortlichem politischem Handeln und nicht, wie uns oft vorgeworfen wird, von ideologischer Realitätsverweigerung.

Und trotz der schwierigen Finanzlage haben wir **aus eigener Kraft die Haushaltssicherung vermieden** und in relevanten Bereichen zusätzliche Mittel zur Verfügung gestellt. Wir legen einen Haushalt vor, der den Menschen und der Wirtschaft Stabilität und Zuverlässigkeit bietet. Wir stehen zu unserem Wort, dass es in dieser Ratsperiode keine Steuererhöhungen geben wird.

**Kinder und Bildung sind unsere Zukunft und haben oberste Priorität. Gerade hier gilt es, zu investieren.** Das Bauprogramm ist das größte städtische Investitionsprogramm, das wir jemals gestemmt haben und ist von zentraler Bedeutung. Im nächsten Jahr investiert der ISB 64,8 Mio. EUR. Geplant ist der Bau neuer Schulen, die Erweiterung bestehender Schulgebäude für mehr Klassenräume, mehr Ganztags-Plätze und Mensen. Wir investieren aber auch in eine neue Hauptfeuerwache und installieren PV-Anlagen.

Zusätzlich stellen wir 1,3 Mio. EUR für weitere Schulsozialarbeiter\*innen bereit und ermöglichen die Ausweitung des „Open Sundays“, um allen Kindern in der Stadt Bewegungsangebote zu ermöglichen.

Wir stärken die soziale Infrastruktur in Bielefeld, zum Beispiel durch die Verringerung der Eigenanteile für Kita- und OGS-Träger. Die Kitas der freien Träger erhalten bis 2027 jährlich 1 Mio. EUR. Dazu unterstützen wir freie Träger, die durch gestiegene Sachkosten in Schwierigkeiten geraten sind.

Nicht zuletzt verbessern wir die finanziellen Möglichkeiten der Berufskollegs, um Maßnahmen der strategischen Schulentwicklung umzusetzen. Diese Schulen sind ein wichtiger Bestandteil der Bildungslandschaft in Bielefeld, wurden aber in letzter Zeit oft nicht ausreichend bedacht. Dabei leisten sie als wichtiger Partner wertvolle Arbeit zur Reduzierung des Fachkräftemangels.

**Zukunftsinvestitionen sind aber auch Investitionen in die Mobilitätswende**. Insbesondere ein guter ÖPNV unterstützt Menschen umzusteigen. Hier planen wir mit Augenmaß weitere Investitionen. Und das in einer Zeit, wo viele Kommunen am ÖPNV sparen müssen! Kurzfristig wird es eine Taktangleichung zwischen mehreren Bus- und Stadtbahn-Linien geben und mittelfristig eine Taktverdichtung vor allem an den Wochenenden.

Ferner haben wir einen Feuerwehrtopf für die freie Kulturszene eingerichtet und stellen daneben für die Innenstadtstrategie 100.000 EUR jährlich bereit. Dazu erhalten die freien Mitarbeiter\*innen der Musik- und Kunstschule und der Volkshochschule eine Honorarerhöhung.

Im **Bereich Personal** sind die Ansätze zu den Schlussberatungen von der Verwaltung angepasst worden. Neben der Basisabsenkung des Personalkostenbudgets, wurden die angemeldeten Mehrstellen um 20 auf letztlich knapp 172 Mehrstellen reduziert, wovon gut 34 Stellen perse refinanziert sind und 24,1 einen kw-Vermerk haben. Das waren richtige und gute Schritte, die wir ausdrücklich begrüßen!

Aber, und das möchte ich ehrlicherweise auch anmerken, hätten wir uns von der Verwaltung schon bei der Haushaltsaufstellung die Ausweisung von deutlich weniger Mehrstellen gewünscht. Zu dem Zeitpunkt war ja bereits absehbar, wie bedrohlich die Haushaltslage werden wird.

**Wir freuen uns, dass unsere politischen Anträge in den Haushaltsberatungen eine breite Zustimmung gefunden haben** und wir neben den Pflichtaufgaben, freie soziale Träger mit zusätzlichen freiwilligen Leistungen in dem aktuellen Dauerkrisenmodus unterstützen können – wenn auch nicht immer im gewünschten Maß.

An dieser Stelle möchte ich *neben unseren Koalitionspartnern* **insbesondere der CDU dafür danken**, dass sie fast alle Maßnahmen mitträgt. Das ist bemerkenswert. Wir senden damit als Kommune, dem Ort, an dem für die Menschen politisches und staatliches Handeln direkt erlebbar ist, ein **deutliches Zeichen der Gemeinsamkeit und Verlässlichkeit**. Vor dem Hintergrund abnehmenden Vertrauens in Politik und Staat bei gleichzeitiger Zunahme rechter Polemik ist dies umso wichtiger. Leider verfangen bei immer mehr Menschen populistische und vermeintlich einfache Parolen, die allerdings selten lösungsorientiert sind.

Aber natürlich zeigen sich in den Beratungen auch **unterschiedliche Ansätze**. Das betrifft vor allem die Personal- und Sicherheitspolitik. Auch wenn wir uns eine geringere Stellenausweisung gewünscht haben, lehnen wir, im Gegensatz zu CDU und FDP, eine hohe pauschale Absenkung der Personalstellen bzw. des Personalkostenbudgets als nicht zielführende und angemessene Maßnahme ab.

In einer wachsenden Stadt nehmen die Aufgaben zu, gerade in den pflichtigen Bereichen wie der Feuerwehr, den Kitas und Schulen, aber auch in den für Migration und Geflüchtete zuständigen Ämtern. *(nicht zuletzt durch die Umsetzung des Chancenaufenthaltsgesetzes).*

Wir sind uns bewusst, dass wir uns nicht nur aufgrund der Verschlechterung der Finanzlage mit den Personalkosten beschäftigen müssen, sondern auch vor dem Hintergrund des **demografischen Wandels**. Wir werden schätzungsweise 1.500 Mitarbeitende bis 2030 in der Kernverwaltung verlieren und es ist absehbar, dass wir diese Stellen nur in begrenztem Umfang neu besetzen können. Es fehlen nicht nur Arbeits- und Fachkräfte in den Kitas und Schulen, in der Pflege, im Handwerk, im Handel und in der Industrie, auch in der Verwaltung sind schon jetzt im Schnitt zwischen 30 und 50 Stellen nicht besetzt.

**Wir begrüßen daher ausdrücklich, dass für die Folgen der demografischen Entwicklung eine fundierte Personalstrategie entwickelt wird.** Wir müssen uns darauf einstellen, dass wir zukünftig nicht mehr alle Aufgaben in dem gewohnten Umfang erfüllen können. Dafür müssen wir Doppelstrukturen identifizieren, Leistungsangebote analysieren und – zusammen mit den Beschäftigten – verantwortungsvoll priorisieren. Diese Vorgehensweis wird dann automatisch, wenn auch nicht sofort, zu einer Reduzierung der Personalkosten führen.

Dazu müssen wir angesichts der sich abzeichnenden Verrentungswelle die Motivation der vorhandenen Mitarbeitenden deutlich stärker in den Mittelpunkt rücken. Ihnen pauschale und undifferenzierte Stellenreduzierungen zuzumuten, zeugt von wenig Wertschätzung und ignoriert den Aufgabenzuwachs.

Wir dürfen nicht vergessen, dass die Arbeit im öffentlichen Dienst dem Gemeinwesen und letztlich dem Gemeinwohl dient und entsprechenden Respekt verdient. Das ist umso wichtiger, da – wie zuvor schon angedeutet – aktuell nur noch 27 Prozent der Bürgerinnen und Bürger davon ausgehen, dass der Staat in der Lage ist, seine Aufgaben zu erfüllen und sich das Verhalten gegenüber den Beschäftigten deutlich verschlechtert hat. *(54 Prozent ist selbst beschimpft, bedroht oder tätlich angegriffen worden).* Darum auch an dieser Stelle meinen Glückwunsch an das Team vom Bürgeramt. Es ist 2023 das am besten bewertete Bürgeramt unter den 40 größten Städten.

Und ja, wir sind überzeugt, dass die **Digitalisierung** ein wichtiges Instrument ist, um Verwaltungsprozesse effizienter, schneller und besser zu machen. Perspektivisch können Stellen dadurch sicherlich ersetzt werden. Aber wie ich aus eigener beruflicher Erfahrung weiß, benötigen digitale Transformationsprozesse in der Einführung – und das trifft umso mehr auf unsere große Verwaltungseinheit zu – mehr Personal und auf Dauer besser ausgebildete und damit teurere Fachkräfte.

Während es bei der Gestaltung des Stellenplans grundsätzliche Unterschiede gibt, liegen wir als Koalitionäre beim Budget für den **Bereich der öffentlichen Sicherheit und Ordnung** inhaltlich mit der Opposition nicht so weit auseinander. Der Unterschied betrifft jedoch die Herangehensweise an das Thema: Wie uns die Dezernenten in der letzten Sitzung vom HBWA erklärt haben, wird es ein gemeinsames Konzept von Sozialarbeiter\*innen, dem kommunalem Ordnungsdienst und der Polizei dafür geben. Wir beabsichtigen, dieses Konzept abzuwarten und dann gezielt zu handeln.

Auch möchte ich noch kurz auf die Rede unseres Kämmerers zur Haushaltseinbringung eingehen. Sie, sehr geehrter Herr Kaschel, haben vor dem Hintergrund des sich abzeichnenden Haushaltsdefizits u. a. für mehr **Ehrlichkeit im Umgang mit unseren politisch beschlossenen Zielen** geworben. Dabei haben Sie auch Bezug auf die Umsetzung unseres Klimaneutralitätsziels 2030 genommen. Und ja, es wird schwierig werden, dieses Ziel zu erreichen.

Aber ich möchte betonen, dass wir alle Anstrengungen unternehmen müssen, so schnell wie möglich klimaneutral und resilienter zu werden. Und das unabhängig davon, wie schwierig die Haushaltslage ist. Das sind wir den Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt, aber vor allem den **nachfolgenden Generationen** schuldig!

Finanziell betrachtet, werden Klimaanpassungsmaßnahmen und die Bewältigung der Folgekosten deutlich teurer als die Finanzierung unseres Ziels. Die als Extremwetter beschriebenen Phänomene sind nicht länger extrem; sie sind auf dem Weg, Normalität zu werden. Das zeigen Hitze, Dürre, massive Waldbrände und Starkregenereignisse allerorten. Auch wenn wir an keinem großen Fluss leben, zeigen uns allein die überflutende Lutter und auch kleinerer Bäche regelmäßig die Folgen von Hochwasser auf. *Heute z. B. brauchen wir uns dazu bloß die aktuell angespannte Hochwasserlage in Teilen Bayerns anzusehen.*

Studien zufolge hat der von Menschen gemachte Klimawandel in Deutschland seit 2000 jedes Jahr Schäden von durchschnittlich 6,6 Mrd. EUR verursacht. Und da sind die nicht-bezifferbaren Schäden durch den Verlust der Biodiversität noch nicht einmal enthalten.

**Der Handlungsdruck ist immens.** Und darum freue ich mich besonders, dass wir, im Gegensatz zu anderen Kommunen, mit der kommunalen Wärmeplanung deutlich schneller sein werden. Die Ergebnisse – wie auch die Handlungsempfehlungen des Gertec-Gutachtens zur Umsetzung unserer Klimaziele– werden im ersten Quartal 2024 vorliegen.

Dann ist zu entscheiden, welche Maßnahmen wir umsetzen können und müssen. Wir wissen aber jetzt schon, dass die Umsetzung der Wärmeplanung eine große finanzielle, aber alternativlose Herausforderung ist. Ich bin sicher, dass wir im **Schulterschluss** mit unseren kommunalen Betrieben und Tochterunternehmen, aber auch unserer starken Wirtschaft, den mehr als 40.000 Studierenden, den Start-ups, dem Handwerk und der Bielefelder Bürgerschaft dieses ambitionierte Ziel erreichen werden.

Meine Damen und Herren,

im letzten Jahr habe ich an dieser Stelle die Hoffnung geäußert, dass wir bei der Bewältigung der genannten – nicht selbst verschuldeten – Auswirkungen der Krisen von Bund und Land nicht allein gelassen werden. Ich fürchte nun, dass diese Unterstützung so schnell nicht kommen wird. Und auch wenn wir als Grüne im Land und im Bund mitregieren, kann ich als kommunale Finanzpolitikerin konstatieren, dass diese Entwicklung besorgniserregend ist: **Die kommunale Finanzierung ist in deutlicher Schieflage.**

Der Haushalt des Bundes für das kommende Jahr liegt zwar bis jetzt nicht detailliert vor, aber allein die zu erwartenden unabsehbaren Risiken, die das Wachstumschancengesetz für die Kommunen bringen kann, beunruhigen die kommunalen Spitzenverbände.

Das 3. NKF-Weiterentwicklungsgesetz des Landes liegt im Entwurf vor. Die dort vorgesehenen Erleichterungen für finanziell Not leidende Kommunen mögen zwar die Risiken einer Haushaltssicherung reduzieren. Aber es ist nicht die dringend benötigte finanzielle Strukturhilfe.

Ein weiteres erhebliches Risiko birgt die **Zinspolitik**. In mehreren Zinsschritten hat die Europäische Zentralbank die Zinsen deutlich angehoben. Das hat massive Auswirkungen auf alle variabel verzinsten, neu aufzunehmenden und zur Umschuldung anstehenden Liquiditäts- und Investitionskredite. Sollte es dem Land nicht gelingen, wirkliche Finanzhilfen zu leisten, werden sich die Zinsbelastungen und damit die Zunahme der Verschuldung weiter negativ auf unseren städtischen Haushalt auswirken.

Auch sehen wir am Horizont für 2025 die **Reform der Grundsteuer**, die nach jüngsten Berechnungen der Verwaltung die städtische Kasse voraussichtlich in Höhe von 11 Mio. EUR belasten wird.

Neben diesen, von uns ehrenamtlichen Kommunalpolitiker\*innen nicht direkt beeinflussbaren Faktoren, müssen wir die in unserer Verantwortung liegenden Aufgaben weiter besonnen beobachten, bedacht planen und letztlich **priorisieren**.

Dazu zählt an erster Stelle der **selbst-kritische Blick auf unser Bauprogramm**. Wir müssen kontinuierlich prüfen, ob die vorgeschlagenen Priorisierungen „so noch richtig“ sind. Vor dem Hintergrund von Inflation, steigenden Zins- und Baukosten und dem Fachkräftemangel müssen wir sehen, wo wir ggf. nachsteuern müssen.

**Trotz der geschilderten schwierigen Lage und der hohen prognostizierten Verluste können wir aber dennoch den vorliegenden**, **maßvollen Haushalt beschließen**. Und, sehr geehrter Herr Kaschel, *Schwarzmaler* sollten wir besser nicht sein. Ja, es wird perspektivisch nicht besser, nicht einfacher, es bedarf noch mehr Anstrengungen. Aber lassen sie uns jetzt und heute gemeinsam ein positives Signal aussenden und den Gestaltungsspielraum des vorliegenden Haushalts betonen. Denn, und damit haben Sie recht, Bielefeld gehört trotz allem zu den wenigen Kommunen, die aufgrund der erfolgreichen Haushaltskonsolidierung der letzten Jahre, nach wie vor deutlich besser aufgestellt sind als viele andere in NRW.

Mit den **erfreulichen Jahresergebnissen in** den Jahren vor Corona haben wir im Rahmen der „Bielefelder Schuldenstrategie“ unsere finanziellen Verbindlichkeiten in erheblichem Umfang getilgt. Mehr noch, wir konnten sogar die Ausgleichsrücklage auf ein herausragendes Niveau bringen. Auch gibt es in Bielefeld kein Altschuldenproblem, mit dem sich z. B. die Ruhrgebietsstädte auseinandersetzen müssen.

Das soll jetzt keinesfalls heißen, dass wir uns entspannt zurücklehnen können, sondern dazu motivieren, den eingeschlagenen richtigen Konsolidierungsweg gewissenhaft weiter zu beschreiten und das so auch positiv zu kommunizieren.

Abschließend gilt mein **besonderer Dank** nun unserem Kämmerer und seinem engagierten Team. Die Einbringung und Aufstellung des Haushaltes war in diesem Jahr sicherlich eine besondere Herausforderung. Sie wurde auch unter diesen schwierigen Rahmenbedingungen – wie immer – gewissenhaft und zuverlässig sichergestellt. Danke dafür.

Es gilt das gesprochene Wort!